

**Grußwort der Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour beim Neujahrsempfang der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e. V., am Mittwoch, 28. Februar 2024 um 18 Uhr im Abgeordnetenhaus von Berlin**

Ein herzliches Willkommen richte ich an Frau von Braun, Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin und Städtälteste von Berlin, die wir heute als Sprecherin verabschieden, und die anwesenden Vorstandsmitglieder.

Mit großem Interesse erwarte ich die Statements der heutigen Festrednerinnen. Dazu begrüße ich sehr herzlich Frau Professorin Dr. Liedtke, Präsidentin des Landtages Brandenburg, Frau Professorin Dr. Süssmuth, Bundestagspräsidentin a. D., sowie die beiden ehemaligen Mitglieder des Abgeordnetenhauses Frau Dr. Jasper-Winter und Frau Kofbinger.

Vielen Dank zudem an Frau Dr. Schmidt, die kurzfristig die Rede von Frau Herer verlesen wird, da diese leider erkrankt ist. Gute Besserung!

Sehr geehrte Frau Senatorin Kiziltepe, sehr geehrte Frau Staatssekretärin Klapp,

liebe Kolleginnen aus dem Abgeordnetenhaus,

liebe Gästinnen,

dass ich Euch alle im Abgeordnetenhaus an diesem frühen Abend sehr, sehr gerne begrüße, versteht sich, so denke ich, von selbst. Ich freue mich, dass heute so viele tolle, so viele engagierte Frauen im Haus sind. Denn vergessen wir nicht: Die Zukunft ist weiblich. Also nochmals: Herzlich willkommen.

Der heutige Neujahrsempfang der ÜPFI soll etwas Besonderes sein. Heute wollen wir – mehr als sonst – ganz bewusst auf Dich, liebe Carola von Braun, schauen. Du hast ohne Frage ein bewegtes Leben hinter Dir, und Du möchtest jetzt etwas kürzer treten. Ich denke, das ist Dein gutes Recht. Selbstfürsorge gehört immer zu einem guten Leben dazu. Das war in Deiner Vergangenheit mit Sicherheit nicht immer so. Denn, wenn Dich eines bis heute auszeichnet, dann ist es Deine Energie, mit der Du andere mitreißt, um bestimmte politische und soziale Ziele zu erreichen.

Ich bin ja im Vergleich zu Dir, liebe Carola, ein „junges Küken“. Und deshalb musste ich einfach mal zurückschauen, um zu erfahren, wo stand die liberale FDP-Frau Carola von Braun eigentlich als junge Politikerin? Keine Sorge: Ich habe keine geschichtswissenschaftlichen Analysen angestellt. Aber es zeigte sich dann doch, dass Du als FDP-Frau sozialliberal orientiert warst. Denn so sehr die damalige sozialliberale Koalition unter Willy Brandt angefeindet wurde, diese Koalition hat auch gerade mit Blick auf die Gleichberechtigung von Frauen durchaus sozusagen „alte Zöpfe“ abgeschnitten.

Was heute undenkbar ist, wurde erst in den 1970er Jahren abgeschafft. Ich spreche davon, dass Frauen bis dahin nicht frei waren in der Namens-, Berufs- und Wohnortwahl. Ehemänner hatten das Recht, ein Dienstverhältnis ihrer Ehefrau fristlos zu kündigen. Sie hatten das Letztentscheidungsrecht in allen Eheangelegenheiten. Im Bürgerlichen Gesetzbuch galt das Leitbild der „Hausfrauenehe“. Und an den Zugang zu Führungspositionen in vermeintlichen Männerberufen war für Frauen noch gar nicht zu denken.

Auch die Politik, die Parteien wurden natürlich komplett von Männern dominiert. Ich weiß, das klingt heute weit weg und sonderbar. Aber man darf nicht vergessen, das ist nur ein kleiner Ausschnitt der Realität für die Frauen in Deutschland bis 1972.

Nun sind Gesetzesänderungen das eine. Das andere ist: diese neuen Normen müssen auch in die Köpfe der Menschen – vor allem in die der Männer.

Ich denke mir, so hast auch Du gedacht. Jedenfalls scheint mir das Dein Impetus gewesen zu sein, Dich um die Position der Frauenbeauftragten des Berliner Senats zu bewerben – eine Bewerbung, die zum Glück erfolgreich verlief. Das war 1984.

Was Dich seither, liebe Carola, politisch angetrieben hat: Es muss möglich sein, in einer Gesellschaft leben zu können, in der Frauen dieselben Möglichkeiten und Chancen haben wie Männer – nicht nur rechtlich, sondern auch faktisch. Das ist und bleibt eine Frage von Gerechtigkeit und Demokratie. Es geht aber auch darum, dass wir es uns schlicht und ergreifend nicht leisten können, auf das Potenzial von Frauen zu verzichten. Davon ist der politische Raum nicht ausgenommen.

Aus dieser Erkenntnis heraus war es nur folgerichtig, dass Du die Gründung der ÜPFI vorangetrieben hast. Das war im Jahr 1992. Denn es bleibt einfach Fakt, dass wir selbst im Jahr 2024 noch von einer echten Gleichberechtigung weit entfernt sind. Das hat uns jüngst die Corona-Pandemie noch einmal deutlich vor Augen geführt und auch die von der ÜPFI initiierte Untersuchung zu den Auswirkungen von Corona auf Frauen. Es sind nach wie vor die Frauen, die die Hauptlast bei Kinderbetreuung, Pflege und im Haushalt tragen. Sie verdienen weniger Geld. Sie arbeiten häufiger in prekären Beschäftigungen. Sie leiden häufiger an Gewalt. Sie sind in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft immer noch deutlich unterrepräsentiert. Und ihre Situation verschärft sich, wenn Diskriminierungs-Dimensionen hinzu kommen wie Bildungsstand, Herkunft oder sexuelle Orientierung.

Allein dieses Schlaglicht auf die Zustände macht deutlich, wie wichtig die Arbeit der ÜPFI als Impulsgeberin, als Mittlerin zwischen Zivilgesellschaft und Parlament war und auch bleibt. Unsere Themen sind noch lange nicht abgehakt. Und das immerhin 75 Jahre nach Inkrafttreten unseres Grundgesetzes, das die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ganz klar einfordert.

So ist es zum Beispiel immer noch keine Selbstverständlichkeit, dass in unseren Parlamenten Parität herrscht. Ein Ziel, das der ÜPFI ein wichtiges Anliegen ist. Hier im Abgeordnetenhaus sind 39 Prozent der Abgeordneten weiblich. Das ist im Bundesvergleich zwar der dritte Platz, aber von echter Geschlechterparität kann keine Rede sein, sehr verehrte Anwesende.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es die ganz persönlichen Lebensumstände sind, die Frauen oft daran hindern, politisch aktiv zu sein. Denn wie soll eine allein erziehende Mutter mit Kind oder Kindern sich politisch engagieren? Seien wir mal ehrlich: Das ist schwer zu organisieren. Und irgendwann lässt auch die Kraft nach, die der Alltag in Familie und Beruf uns Frauen abverlangt.

Und dennoch sollte im politischen Raum unser Ziel sein, genau diese Parität zu erreichen. Ja, wir wissen, dass die Landesverfassungsgerichte von Thüringen und Brandenburg die jeweiligen Paritätsgesetze als nicht verfassungskonform eingestuft haben.

Deshalb ist das Berliner Parlament verhalten, einen dritten Versuch einer Verfassungsänderung zu starten.

Wir müssen nun dafür sorgen, dass die Forderung nach Parität von der Breite der Gesellschaft getragen wird. Und wir sollten in unsere Überlegungen das Parteiengesetz und die Fraktionsgesetze mit berücksichtigen, um an unser Ziel zu kommen.

Zum Schluss lasst mich bitte noch betonen, dass die ÜPFI im Abgeordnetenhaus von Berlin gegründet wurde. Das Abgeordnetenhaus hat die ÜPFI in der Vergangenheit unterstützt und wie sie in der Gegenwart und auch in absehbarer Zukunft unterstützen. Die ehemaligen Präsidenten Wieland und Buchner haben das getan. Und auch Präsidentin Seibeld tut es in dieser Wahlperiode. Gleichstellung ist gerade in diesen Zeit wichtiger denn je – das hat mir auch Veranstaltung der ÜPFI zu Antifeminismus und Rechtspopulismus im letzten Jahr gezeigt.

Nur mit einem feministischem Schulterschluss, mit Überparteilichkeit, werden wir die Dinge anpacken.

So wie Du es ja auch immer wieder getan hast, liebe Carola.

Vielen Dank.